Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 0.30 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 192. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 18. August 1933. | 15. Jahrgang.

Idealismus, selbstlose, unermüdliche Arbeit, Disziplin und hoffnungsfroher Glaube sind erste Vorbedingungen, um Ziele zu erreichen!

„Rebellen" in Indien.

Die Londoner „Times" brachte unlängst eine Zuschrift des gegenwärtigen Führers der Labourfraktion im englischen Unterhause, die folgenden Wortlaut hat: „Erlauben Sie mir einen energischen Protest gegen die Verwendung von Bomben und Bombardierungsflugzeugen gegen die sogenannten Rebellen in Indien. Dieses Vorgehen erinnert vollkommen an unsere Bombardierung von Canton in der „heiligen Opiumsache". Die Steine unserer Städte werden von der ewigen Schmach aller Christen und christlichen Kirchen schreien, wenn diese nicht unverzüglich ein solches Vorgehen brandmarken und im Namen unserer Religion diese Schmach vor Gott und der Menschheit verurteilen".

Irgendeine praktische Folge wird dieser Protest, mit dem die Anhänger einer weitgehenden Versöhnungspolitik Indien gegenüber die verlorene Schlacht und den Rückzug auf der ganzen Linie zu maskieren suchen, nicht haben. Die Regierung des britischen Imperiums wird sich vorderhand von der Politik der starken Hand in Indien nicht wieder abdrängen lassen, und alle Selbstverwaltungsmaßnahmen, die London zugesteht, werden wie bisher von dem „divide et impera" = „teile und herrsche" diktiert sein. Auf diese Weise wird freilich die britische Regierung auch fernerhin mit der Opposition der Diehards (dem radikalen Flügel der parlamentarischen Rechten) zu rechnen haben, da diese nun einmal unter Absage an jede Selbstverwaltung eine rücksichtslose Gewaltherrschaft und konstruktive Unterdrückung des indischen Volkes für das allein Richtige halten. Solange sich also keine Staatsmänner finden, die gewillt sind, nach der einen oder anderen Seite hin Indien gegenüber eine nicht ganz unbedenkliche Experimentalpolitik zu treiben, wird das indische Problem auch in der Londoner Innenpolitik eine ständige Gefahrenquelle für die jeweilige Regierung bleiben.

Die deutsche Presse hat die neuerlichen Vorgänge in Indien erfreulich nüchtern und kühl beurteilt, und sich nicht dazu verleiten lassen, wie das früher zuweilen geschah, die „unmittelbar bevorstehende Losreißung Indiens vom englischen Mutterlande" vorauszusagen. Selbst in den Kreisen politischer Schwärmer hat man anscheinend eingesehen, daß es nicht allzuviel besagen will, wenn in einer Gesamtbevölkerung von 350 bis 400 Millionen Einwohnern ein paar hunderttausend oder schließlich auch eine Million — mehr sind es sicherlich nicht! — das sind, was man als „Rebellen" zu bezeichnen pflegt. Vorbedingung für ihren Erfolg wäre vor allen Dingen ein geschlossenes Vorgehen und die nationale Einheitlichkeit eines Landes, in dem man vorderhand noch 200 verschiedene Sprachen spricht und in dem sich etwa 2300 Kasten und Religionen in entschiedener Gegnerschaft oder gar Todfeindschaft gegenüberstehen.

An diesen Zahlen und Verhältnissen gemessen, ist das „divide et impera" Old Englands weit weniger als Ausfluß höchster Staatskunst und Diplomatie zu sehen, sondern vielmehr als kluges Nutzen vorhandener natürlicher Gegebenheiten, und auch die zeitweisen Erfolge wie das neuerliche „Versagen" der Politik Gandhis erscheinen in einem anderen Lichte als sie der Europäer gemeinhin sieht.

Fraglos ist der Mahatma einmal ein „Rebellenführer" im eigentlichen Sinne gewesen, als ihm im Jahre 1920 seine „Non Cooperation"-Politik eine Frage der machtpolitischen Entscheidungen war. Er hat damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß es ihm darum ging, „die Regierung zu besiegen", „ihre Unterwerfung zu erzwingen", und keiner seiner Freunde und Anhänger hat sein Handeln anders verstanden als den Versuch, durch eine Mobilisierung der indischen Massen zu einem realpolitischen Widerstand die englische Regierung zum Nachgeben den indischen Nationalisten gegenüber zu zwingen. Die Maximen „Zahlt keine Steuern. Ruft keine Gerichte an. Brecht keine Gesetze, aber befolgt sie nicht. Kauft und verwendet keine englischen Erzeugnisse" waren als unblutige, aber nicht minder wirksame Waffen im Kampfe gegen das stolze Albion gedacht.

Das alles ist lang, lang her. Schon der Kongreß von Bardoli im Jahre 1922 leitete den Rückzug Gandhis aus der politischen Linie ein, und seit der zweiten Londoner Indienkonferenz vom 7. September bis 1. Dezember 1931 ist sein politischer Stern vollends im Verblassen. Es ist aber ungerecht, wenn man ihm selbst daraus neuerdings vielfach einen Vorwurf macht und von seiner Unzuverlässigkeit und von seiner schwankenden Haltung spricht und schreibt. Die Tragik des Politikers Gandhi liegt in der nationalen Uneinigkeit des indischen Volkes, und das wurde nirgends so offenbar wie auf der besagten Londoner Konferenz, auf der die Gegensätze zwischen Hindu und Moslem, zwischen Kasten und Parias, zwischen den indischen Fürsten und den Provinzvertretern der britischen Regierung es leicht machten, das „divide et impera" zu handhaben. Gandhi erkannte, daß die Engländer in Indien herrschen würden, solange Indien selbst zerklüftet und zerteilt war, und aus dem Rebellen wurde endgültig der „Heilige"!

Die Gandhi-Bewegung wird der Londoner Regierung nicht mehr viel zu schaffen machen, falls man es vermeidet, aus dem „Heiligen" einen Märtyrer zu machen, und man wird sich ihr gegenüber auf die Verhängung von Gefängnisstrafen und auf die Anwendung sonstiger Polizeimaßnahmen beschränken.

Wozu also die Bomben über die Ortschaften in der Gegend von Peschawar im nordwestlichen Indien, so könnte man fragen? Kommt Gandhi nicht als Rebellenführer in Frage, wer sollte denn da dem englischen Imperium gefährlich werden? Etwa der zwölfjährige mohammedanische Knabe oder der geheimnisvolle Derwisch, von dem die Londoner Zeitungen fabeln? England hat kaum einen Grund, diese indischen Rebellen mehr zu fürchten als den Mahatma und zu ihrer Niederringung die Bomben aufzuwenden, die es Gandhi gegenüber entbehren konnte. Deshalb hat sich der in der „Times" veröffentlichte Protest, von dem wir eingangs sprachen, zum mindesten im Ausdruck vergriffen, wenn er von „Rebellen in Indien" spricht. Ihrer würde England, das im Nordwesten des Landes ohnehin neun Zehntel der indischen Truppenmacht konzentriert hat, auch ohne Bombenflugzeuge Herr werden.

Die Bombenabwürfe sind daher als ein sehr deutlich vernehmbares und drastisches Signal anzusehen an die Adresse derer, die von jenseits des Khaiber-Passes aus den Bergländern des „freien" Afghanistan und von Russisch-Turkestan her die britische Vorherrschaft in Indien bedrohen. Hier beginnt sozusagen die Gefahrenzone der großen europäischen Politik, und die Brisanzgranaten von Peschawar haben sicherlich den Hauptzweck, auch in Moskau entsprechend zu wirken, wo man seit Jahren die bolschewistische Agitation sehr zielbewußt und unter kluger Ausnutzung der Gandhi-Bewegung gegen Indien als Englands Kronjuwel vorzutragen bemüht ist.

Ueber den Khaiber-Paß sind schon mehr als einmal in der Geschichte Eroberer in Indien eingedrungen. Um 100, 120 und 470 n. Chr. waren es die Indo-Scythen und das Barbarenvolk der Ephtaliten, die man die weißen Hunnen nannte, und um 1500 herum hielten vom Hindu-Kusch über Afghanistan die Heerscharen der „Groß-Mogule" (Mogul = Mongole) ihren Einzug in Indien. Die Erinnerung an diese alten Zeiten dürfte Londons Staatsmänner mahnen und warnen, so daß den Bomben von Peschawar eine größere Bedeutung im Rahmen der Weltpolitik zukommt, als wenn sie nur den „Rebellen in Indien" gelten würden.

..nn.

Kundgebung des Landesbischofs Marahrens

Landesbischof D. Marahrens hat an die Gemeinden der Hannoverschen Landeskirche eine Kundgebung gerichtet, die im Gottesdienst am letzten Sonntag verlesen wurde. Der Inhalt ist kurz zusammengefaßt folgender:

Im Rückblick auf den hinter uns liegenden Abschluß des Verfassungswerkes der Deutschen Evangelischen Kirche und die Wahlen drängt es mich, die Gemeinden, vor allem die neuen Kirchenvorstände, zu verantwortungsbewußter, zuversichtlicher Mitarbeit am Neubau unserer Kirche aufzurufen. Wie sehr wir uns auch vor einer ungerechten Beurteilung der Vergangenheit hüten müssen, so gilt es doch heute ganz ernst zu fragen, was an den kirchlichen Formen dem Zusammenwachsen von Volk und Kirche hinderlich ist und gebessert werden kann. Die Formen der kirchlichen Arbeit, die immer der jeweiligen Gegenwartsaufgabe entsprechend gestaltet werden müssen, so aufzubauen, daß die Kirche den ihr aufgetragenen Dienst am Volk und in den Gemeinden leisten kann, ist die große Aufgabe, die vor uns steht.

Drei Anliegen müssen uns vor allem bewegen und verbinden: Es gilt das unverkürzte Evangelium an unser Volk, das zum größten Teil durch die christliche Botschaft und die bisherigen Arbeitsmethoden der Kirche nicht mehr erreicht wird, in neuen Formen heranzutragen. Es gilt, den Gemeindegliedern die Verantwortung ins Gewissen zu schieben, die jeder einzelne am Aufbau von Volk und Kirche trägt, und die durch tatkräftige und lebendige Führung, wie wir sie brauchen, keineswegs überflüssig gemacht wird, sondern im Gegenteil in Gehorsam, Vertrauen und Gebet erst recht notwendig wird. Es gilt, dem, was die Bibel von Wiedergeburt und innerer Erneuerung sagt, in unserem Volke zum Durchbruch zu verhelfen, da allein dadurch Bestehen und Zukunft unseres Volkes gesichert werden können. Das allein ist unsere Hoffnung für unser Volk und unsere Kirche, daß Kirche und Volk sich in kommenden Tagen finden unter dem Kreuze Christi, und daß beide in der Nachfolge Christi zu gemeinsamer Arbeit zusammenwachsen.

Auch 1932 ein genossenschaftliches Krisenjahr.

Der soeben als „Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen 1933" erschienene 4. Bericht des genossenschaftlichen Einheitsverbandes ist wieder ein Rückblick auf ein Krisenjahr. Schon in den Bestandszahlen drückt sich das aus, die eine weitere Verminderung der Gesamtziffer um 444 Genossenschaften ausweisen, die sich allerdings nur auf einige Genossenschaftsarten, nämlich, die Spar- und Darlehnskassen, die Bezugs- und Absatzgenossenschaften und die Elektrizitätsgenossenschaften bezieht. Dem Reichsverband gehörten an:

	31. 12. 1931	31. 12. 1932
Zentralgenossenschaften	112	114
Spar- und Darlehnskassen	19350	19012
Bezugs- und Absatzgenossenschaften	3599	3443
Molkereigenossenschaften	3952	4166
Elektrizitätsgenossenschaften	4913	4787
Sonstige Genossenschaften	4112	4074
Unter letzteren befinden sich:		
Viehverwertungsgenossenschaften	454	464
Eierverwertungsgenossenschaften	438	415
Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften	271	274
Winzergenossenschaften	320	321
Dreschgenossenschaften	655	634

Hinsichtlich der geschäftlichen Entwicklung folgten Spar- und Darlehnskassen und die Genossenschaftsgruppen, welche vornehmlich das Bezugsgeschäft betreiben, der allgemeinen konjunkturellen Abwärtsbewegung der Landwirtschaft. Trotz der im Vorjahre angebahnten Reichsgenossenschaftshilfe war es doch nicht möglich, die Rückläufigkeit der Spareinlagen aufzuhalten. Am 31. Dezember 1932 wurden 1634,4 Millionen RM Einlagen gezählt gegen 1667,3 Millionen RM am 31. Dezember 1931.

Das Warengeschäft wurde durch den allgemeinen Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft nicht unwesentlich betroffen. In der Gesamtheit weisen jedenfalls alle Zweige des gemeinsamen Bezuges landwirstchaftl. Bedarfsartikel einen teilweise sogar erheblichen Rückgang auf, der Menge nach wie auch wertmäßig.

Was den genossenschaftlichen Absatz angeht, so sind dank der fortschreitenden Zusammenfassung der genossenschaftlich organisierten Landbevölkerung teilweise recht erhebliche Fortschritte zu verzeichnen.

Die Tätigkeit der 28 Zentralkassen wurde ebenfalls durch die schwierige Lage der Wirtschaft beeinflußt. Ihr Betriebskapital verminderte sich um 74,6 Millionen RM, ihr Gesamtumsatz ging um 2¾ Milliarden RM zurück. Immerhin gelang es, den Jahresabschluß „befriedigend" zu gestalten. Mit Ausnahme von 3 Zentralkassen, die weder Gewinn noch Verlust aufweisen, konnten alle übrigen Institute in ihren Bilanzen am Jahresabschluß einen Gewinn aufweisen.

411 Stadt.Bibliothek

S 839

Das neue Geschichtsbuch

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung veröffentlicht im „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen" Richtlinien, die der Reichsminister des Innern für die Geschichtslehrbücher aufgestellt hat.

In diesen Richtlinien wird an erster Stelle die Vorgeschichte genannt, weil sie nicht nur den Ausgangspunkt für die geschichtliche Entwicklung unseres Erdteils in die mitteleuropäische Urheimat unseres Volkes verlegt sondern auch als „hervorragend nationale Wissenschaft" (Kossinna) wie keine zweite geeignet ist, der herkömmlichen Unterschätzung der Kulturhöhe unserer germanischen Vorfahren entgegenzuwirken. Von der Vorzeit an durch alle späteren Jahrtausende hindurch bis zur Gegenwart muß sodann die Bedeutung der Rasse gebührend berücksichtigt werden, da sie den Urboden darstellt, aus dem alle wurzelhafte Eigenart der Einzelpersönlichkeit sowohl wie die der Völker erwächst.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist der völkische Gedanke im Gegensatz zum internationalen, dessen schleichendes Gift seit mehr als hundert Jahren gerade die deutsche Seele zu zerfressen drohte, weil der Deutsche mehr als andere Völker geneigt ist, weltfremden Träumen nachzuhängen. Eng mit dem völkischen hängt der volksbürgerliche Gedanke zusammen. Da heute ein volles Drittel aller Deutschen außerhalb der Grenzen des Reiches wohnt, hat die Geschichtsbetrachtung bei der Behandlung der deutschen Geschichte sich nicht auf das innerhalb der deutschen Grenzen liegende Gebiet zu beschränken, sondern stets auch das Schicksal unserer außerhalb wohnenden Stammesbrüder im Auge zu behalten.

Den Geschichtsunterricht aller Stufen muß der heldische Gedanke in seiner germanischen Ausprägung, verbunden mit dem Führergedanken unserer Zeit, der an älteste Vorbilder deutscher Vergangenheit anknüpft, durchziehen. Beide zusammen erwecken mit der ihnen innewohnenden, die Herzen mit sich reißenden Gewalt die Begeisterung, ohne die für die Mehrzahl der Schüler die geschichtliche Betrachtung leicht zu einer langweiligen Anhäufung von Wissensstoff wird. Der heldische Gedanke aber führt unmittelbar zur heldischen Weltanschauung, die uns als einem germanischen Volke wie keine andere artgemäß ist und uns im Ringen um die völkische Selbstbehauptung inmitten einer feindlichen Welt immer wieder neue Kraft zuströmen läßt.

Die Lehrbücher haben mit einer Darstellung der Urgeschichte Mitteleuropas (Eiszeit) zu beginnen und zu zeigen, wie bestimmte Rassen (Neanderthal, Aurignac, Cromagnon) Träger arteigener Kulturen gewesen sind. Vom Beginn der Vorgeschichte (Nacheiszeit) an dehnen sich über Mittel- und Nordeuropa die nordische und die fälische Rasse aus. Die Geschichte Europas ist das Werk nordrassischer Völker, über deren Kulturhöhe uns nicht nur ihre Hinterlassenschaft in Stein und Bronzewerkzeugen sondern auch die für die Wissenschaft erschließbaren Leistungen auf geistigem Gebiet belehren, nicht zum wenigsten die hochentwickelte nordische (indogermanische) Grundsprache, die die Sprachen der übrigen Rassen Europas bis auf Reste verdrängt hat. Den Weg nach Vorderasien und Nordafrika nehmen wir mit den frühesten nordischen Einwanderungen die bereits im fünften vorchristlichen Jahrtausend stattgefunden haben müssen. Eine entscheidende Beeinflussung der Geschichte Vorderasiens ist erst das Werk der ursprünglich nordrassischen Inder, Meder, Perser sowie der Hettiter.

Die Geschichte der Griechen hat abermals vom mitteleuropäischen Raume auszugehen. Erneut ist zu betonen, daß es sich um unsere nächsten rassischen Brüder handelt Daher auch unser inniges Verhältnis zur griechischen Kunst ganz anders als etwa zur chinesischen, japanischen oder altmexikanischen. Die nordischen Griechen bildeten als Eroberer die Herrenschicht des Landes. Der Kampf der Stände beruhte hier im Süden auf einem Gegensatz der Rassen. Daher war mit der Aufhebung der ständischen Unterschiede durch die Demokratie und mit der nunmehr einsetzenden hemmungslosen Vermischung der Rassen, beschleunigt durch die zunehmende Kinderarmut, das Schicksal der nordischen Rasse in Griechenland besiegelt.

Die Geschichte der nordischen Völker Italiens hat ebenfalls in Mitteleuropa zu beginnen, damit auch hier die rassige Verwandtschaft gefühlt wird. Der Kampf der Patrizier und Plebejer ist vorwiegend als Rassenkampf zu verstehen; daher auch der besonders heftige Widerstand gegen die Gewährung der Ehegemeinschaft an die Plebejer. Der nordische Bestandteil der Römer wird in unaufhörlichen Kriegen beinahe aufgerieben. So war um die Wende der Zeiten die Entnordung des europäischen Südens nahezu vollendet.

Die Bedeutung der germanischen Völkerwanderung liegt zutiefst darin, daß sie dem in seinem Rassenmischmasch entarteten römischen Weltreich frisches nordisches Blut zuführte. Daher entfaltete sich auch die neue Kulturblüte des Mittelalters nur in den Ländern, wo sich germanische Völker dauernd niederließen; in Norditalien (nicht in Süditalien) in Spanien, Frankreich, England, nicht aber auf dem Balkan. Stärkerer Nachdruck als bisher ist auf die größte Tat des deutschen Mittelalters, die Wiedergewinnung der ostelbischen Gebiete, zu legen.

Die neuere Geschichte zeigt die Entwicklung zum „völkischen Staat. Doch machen sich seit Beginn der Neuzeit nach und nach in stärkerem Maße auch internationale Einflüsse geltend. Sie führen zu einer beklagenswerten Ueberfremdung des deutschen Blutes, der deutschen Sprache, des deutschen Rechts, der deutschen Staatsauffassung und schließlich der gesamten Weltanschauung. Ihnen gegenüber ist die Entwicklung des deutschen Nationalbewußtseins herauszuarbeiten, dem heute aus der vertieften Erforschung des heimischen Altertums neue Kräfte zuströmen. Diese Besinnung auf das Arteigene führt zu stärkerer Betonung der Blutsbande, die uns mit den Volksgenossen in den Grenzgebieten und im übrigen Ausland verbinden.

„Ein Hauptstück der Geschichtsbetrachtung haben die letzten beiden Jahrzehnte unserer eigenen Zeit zu bilden. Das ungeheure Erlebnis des Weltkrieges mit dem lebhaften Ringen des deutschen Volkes gegen eine Welt von Feinden, die Zersetzung unserer Widerstandskraft durch vaterlandsfeindliche Kräfte, die Entwürdigung unseres Volkes durch das Versailler Diktat und der ihm folgende Zusammenbruch der liberalistisch-marxistischen Weltanschauung sind ebenso eingehend zu behandeln wie das beginnende Erwachen der Nation vom Ruhrkampf an bis zum Durchbruch des nationalsozialistischen Freiheitsgedankens und bis zur Wiederherstellung der deutschen Volksgemeinschaft am Tage von Potsdam." (Minister Dr. Frick auf der Ministerkonferenz vom 9. Mai 1933.)

Eines besonderen sorgfältigen Aufbaues bedarf wegen der Kürze der verfügbaren Zeit der Geschichtsunterricht in der Volksschule. Vom zweiten Schuljahr an sind hier als Einführung in die Vergangenheit deutsche Märchen, vom dritten an unter Anknüpfung an die Heimat deutsche Sagen und weiterhin deutsche Heldensagen zu behandeln. Das fünfte Schuljahr wird bereits mit einfachen Geschichtsbildern der Vor- und Frühgeschichte beginnen können. Mehr noch als in der höheren Schule hat die Darstellung der geschichtlichen Ereignisse an große Führerpersönlichkeiten anzuknüpfen. Die jüngste Vergangenheit ist zur Weckung des Verständnisses für die Nöte und Aufgaben der Gegenwart auch in der Volksschule besonders eingehend durchzunehmen.

Empfang der Kirchenführer

In Vertretung des beurlaubten Reichsinnenministers Dr. Frick empfing der Staatssekretär im Reichsministerium des Inneren Pfundtner die Herren der einstweiligen Leitung der deutschen evangelischen Kirche, und zwar den Vorsitzenden Landesbischof Wehrkreispfarrer Müller, ferner Professor Fezer-Tübingen, Präsident Koopmann-Aurich, Landesbischof Schöffel-Hamburg und Professor Schumann-Halle a. d. S., die sich in ihrer Eigenschaft dem Reichsinnenminister vorstellen wollten. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die die evangelische Kirche betreffende Fragen besprochen.

Die Reichstagsbrandstiftung

Schreiben des Oberreichsanwalts an Branting und Romain Rolland.

In Sachen der Reichstagsbrandstiftung hat der Oberreichsanwalt an den schwedischen Rechtsanwalt Branting und an den französischen Schriftsteller Romain Rolland die nachstehenden Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

In der in Kopenhagen erscheinenden Zeitung „Social-Demokraten" vom 6. Juli d. J. ist ein Artikel erschienen mit der Ueberschrift: „Die Wahrheit über den Reichstagsbrand muß an den Tag." Nach diesem Artikel haben Sie einem Berichterstatter der genannten Zeitung in einer ihm gewährten Unterredung erklärt, daß Sie Mitglied einer Kommission international anerkannter Juristen seien, die demnächst im Haag zusammentreten solle, und die die Aufgabe übernommen habe, ein Gutachten darüber abzugeben, was in der Sache des Brandes des Deutschen Reichstages „für recht und richtig" erachtet werde. Sie sollen dabei betont haben, daß sich die Kommission bei Abgabe ihres Gutachtens nicht begnügen werde mit den Auskünften, die die Oeffentlichkeit bereits aus Zeitungen und Blättern kennt, sondern daß ihr „tatsächliche Aussagen aus erster Hand und Berichte" zur Verfügung ständen.

Hieraus glaube ich bestimmt entnehmen zu können, daß es sich um Beweismaterial handelt, das in dem hier anhängig gemachten Verfahren bisher keine Verwendung gefunden hat, das aber nach Ihrer Auffassung für die Beurteilung der Schuldfrage der von mir verfolgten Personen von Bedeutung, darüber hinaus aber auch geeignet ist, den Verdacht der Beteiligung an dem Brande gegen Personen zu begründen, gegen die bisher ein Verfahren nicht anhängig gemacht worden ist.

Da weder mir noch dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichtes trotz der in der Oeffentlichkeit ergangenen Aufforderung zur Mitteilung aller zur Aufklärung der Sache dienlichen Umstände und trotz der Aussetzung einer hohen Belohnung für die Mitwirkung bei der Ermittlung der Täter, andere als die in den Akten verwerteten Angaben zugegangen sind, die Anklagebehörde und das Gericht aber das allergrößte Interesse daran haben, alle Umstände kennenzulernen, und bei der Bildung des Urteils zu verwerten, die für die Aufklärung des Sachverhaltes dienlich sein können, wäre ich Ihnen, sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, zum Dank verpflichtet, wenn Sie mir Kenntnis von dem angeblich im Besitz der Kommission befindlichen Beweismaterials geben würden.

Für eine möglichst baldige Uebermittlung des Streitmaterials, insbesondere für die Angabe der Anschriften von Zeugen, die über den Reichstagsbrand sachdienliche Angaben machen können, und verpflichtet oder bereit sind, zur Verhandlung vor dem Reichsgericht zu erscheinen, wäre ich Ihnen sehr dankbar."

„Sehr geehrter Herr Romain Rolland!

Ihr in der Reichstagsbrandsache an den Herrn deutschen Botschafter in Paris gerichtetes Schreiben vom 18 Juni 1933 ist mir übermittelt worden. In ihm bringen Sie zum Ausdruck, daß alle Erkundigungen Ihnen keinen Zweifel daran gestatten, daß die als Mittäter bei der Brandstiftung im Reichstag beschuldigten Bulgaren unschuldig seien. Da ich wohl davon ausgehen darf, daß Sie glauben, für Ihre Annahme beweiskräftige tatsächliche Unterlagen zu haben und da die deutschen Untersuchungsbehörden das allergrößte Interesse daran haben, den Sachverhalt nach jeder Richtung restlos aufzuklären, und auch alle Beweise zu erheben, die etwa für die Unschuld der Angeschuldigten erbracht werden können, wäre ich Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet, wenn Sie mir das in Ihrer Hand befindliche Material zur Verwertung in dem anhängigen Verfahren baldmöglichst zugängig machen würden."

Die Handelskammern von Straßburg, Colmar und Metz haben gegen die Wirtschaftsüberfremdung durch jüdische Emigranten Protest erhoben.

Bannerlied.

1. Nun weht das Banner siegbewußt
durch alle Deutschen Gau'n,
auf das wir mit geschwellter Brust,
in heißer Liebe schau'n!
Bei Sturm, bei blauem Himmelszelt
bleibt unser höchster Reiz
das rote Tuch, das weiße Feld,
das schwarze Hakenkreuz!
Bleibet treu, bleibet stark,
gebet her die letzte Kraft!
Haltet fest, haltet fest,
was ihr selber euch geschafft!
Auf daß von nun in alle Ewigkeit
nie die Knechtschaft macht sich wieder breit!
Gebet her die letzte Kraft,
gebet her die letzte Kraft!

2. Die alten Deutschen führten schon
das Feuerrad im Schild,
galt es doch dem Germanensohn
als Deuscher Gottheit Bild!
Drum Deutsche Männer strömt herbei
aus Tal und Berges Kamm!
Doch habet acht daß jeder sei
vom reinsten Deutschen Stamm!
Bleibet treu....

3. Und unser heil'ges Banner weht
im Teutoburgerwald,
wo Hermann der Cherusker steht
wo's Deutsche Lied erschallt!
Und weil auch wir Cherusker-Art
gehör'n wir alle Mann
wie unser Führer fest und hart
dem Deutschen Volke an.
Bleibet treu....

4. So leuchte hoch an Turmes Mast,
So leuchte denn und such',
daß du den letzten Mann erfaßt,
du herrlich Fahnentuch!
Auf daß, wo je ein Deutscher haust,
er schaue deine Pracht,
die Hand am Pflug, doch in der Faust
das Schwert der deutschen Wacht!
Bleibet treu....

Die Juden unter den Weißen in der Südafrikanischen Union*).

Am 1. Mai 1930 trat in der Südafrikanischen Union ein Einwanderungsgesetz (Immigration Quota Act — 1930, Nr. 9 —) in Kraft, das unterscheidet zwischen Ländern mit unbeschränkter und beschränkter Einwanderungserlaubnis. Unbeschränkt ist die europaische Einwanderung aus den Ländern des britischen Reiches, ferner aus Oesterreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Holland, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Für sämtliche anderen Länder ist die Quote auf 50 Personen im Jahr festgesetzt. Da für die Bestimmung der Herkunft nicht die Staatsangehörigkeit, sondern das Geburtsland maßgebend ist, so ist eine Umgehung des Gesetzes durch vorherige Naturalisation in einem Staate mit unbeschänkter Einwanderungserlaubnis oder in einem anderen, der seine Quote nicht voll ausnutzt, unmöglich. Für besondere Ausnahmefälle, die in dem Gesetz näher umschrieben sind, sind die Einwanderungsbehörde jedoch ermächtigt, auch über die Quote eines einzelnen Landes hinaus die Erlaubnis zur Einwanderung zu erteilen. Doch darf die Gesamtzahl dieser Fälle für alle Länder mit beschränkter Einwanderungserlaubnis 1000 nicht überschreiten.

Die europäische Bevölkerung der Südafrikanischen Union bestand bisher zum weit überwiegenden Teil aus Nachkommen von Einwanderern (sowie noch lebenden Einwanderern) aus Holland, Großbritannien, Deutschland, und zu einem geringeren Prozentsatz aus Frankreich (Nachkommen der Hugenotten-Einwanderer vom Ende des 17. Jahrhunderts); sie war also vorwiegend germanischer Abstammung. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildeten lediglich die Juden, die seit den Diamanten- und Goldfunden und dem nachfolgenden Aufblühen es Geschäftslebens nach Südafrika kamen. Da es sich dabei jedoch früher vorwiegend um mittel- und westeuropäische Juden handelte, so glichen sie sich in ihrer Lebenshaltung und in ihrer politischen und kulturellen Einstellung einigermaßen der übrigen Europäerbevölkerung an (vorwiegend dem britischen Teil), wenn sie auch im rassemäßigen Sinn nicht assimiliert werden konnten.

Es fand jedoch in der Nachkriegszeit eine bemerkenswerte Umschichtung in der Herkunft der Einwanderer statt. Vollständige und vergleichbare Angaben über das Geburtsland liegen seit 1924 vor. In der Zeit zwischen dem Burenkrieg und dem Weltkrieg stellten die Briten den bei weitem überwiegenden Teil der Einwanderer. 1924 waren sie an der gesamten Einwanderung noch mit 68,6 v. H. beteiligt. In den folgenden Jahren hat ihr Anteil jedoch fast dauernd beträchtlich abgenommen; u. 1929 stellten sie nur noch 43,7 v. H. ,also wesentlich weniger als die Hälfte. Dagegen hat sich in dem gleichen Zeitraum der Anteil der Einwanderer aus Litauen von 9,5 auf 17,5 v. H., aus Polen von 1,3 auf 6,9 v. H., aus Lettland von 1,0 auf 4,4 v. H. der gesamten Einwanderung erhöht. **Die Einwanderer aus diesen drei Ländern bestanden zu mehr als 95 v. H., in einzelnen Jahren sogar zu mehr als 99 v. H., aus Juden.** Für die Jahre 1924—30 ergab sich für diese osteuropäischen Länder ein Wanderungsgewinn von 12188 Personen. Betrachtet man gesondert die Juden

*) Nach „Koloniale Rundschau" 1932, IX/XII, Seite 495 ff. Dr. Paul: „Die europäische Bevölkerung in der Südafr. Union".

Freiheit und Brot

Aufruf an die Bevölkerung Ostpreußens — Glückwünsche an Koch

Oberpräsident Koch-Königsberg hat an die Bevölkerung Ostpreußens einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Als unser Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 die Regierung in Deutschland übernahm, war er sich bewußt, daß die nationalsozialistische Regierung als eine ihrer dringendsten und wichtigsten Aufgaben die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf ihre Fahne zu schreiben hatte. Getreu unserm alten Wahlspruch aus der Zeit des vierzehnjährigen Kampfes hat sofort der Kampf für Freiheit und Brot mit aller Macht eingesetzt. Ich bin stolz darauf, daß ich als erster Oberpräsident Preußens heute meinem Führer die Meldung erstatten konnte, daß in Ausführung seines Befehls eine ganze preußische Provinz frei von Erwerbslosen ist.

Dieser Erfolg war nur erreichbar dadurch, daß sich alle Behörden einmütig und opferwillig hinter mich in dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gestellt haben. Aber alle Arbeit der Behörden wäre umsonst gewesen, wenn nicht die gesamte Bevölkerung Ostpreußens — jeder an seiner Stelle — in gleicher Einmütigkeit und Opferwilligkeit in diesem Kampfe mitgearbeitet, mitgefochten und mitgeopfert hätte. Ich bin mir bewußt, daß unsere Wirtschaft in Durchführung meiner Befehle schwerwiegende Opfer auf sich genommen hat. Dies gilt insbesondere für die Landwirtschaft, die trotz schwierigster Verhältnisse in beispielloser Weise für die Unterbringung von Arbeitslosen gesorgt hat. Wenn alles in Ostpreußen geschlossen und mutig zusammensteht, dann werden wir auch die weiteren großen Aufgaben lösen.

Ich gedenke in dieser Stunde voller Dank des opfervollen Kampfes der Bevölkerung Ostpreußens. Ich fordere ganz Ostpreußen zu neuem Kampfe gegen die Not auf.

Gleichzeitig hat der Oberpräsident einen Aufruf an die Arbeiterschaft und einen Erlaß an die Chefs der Behörden gerichtet. In dem Erlaß spricht der Oberpräsident den Behörden seinen Dank für die tatkräftige Unterstützung der Arbeitsschlacht aus und ruft dazu auf, den erreichten Erfolg auf der ganzen Linie zu halten und ein Zurückfluten der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten, insbesondere aber im Winter, zu verhindern. In dem Aufruf an die Arbeiterschaft Ostpreußens heißt es u. a.:

Der einmütigen Zusammenarbeit aller Behörden und der vertrauensvollen, opferwilligen Mitarbeit der ganzen Bevölkerung ist es gelungen, in Monatsfrist die Erwerbslosigkeit in Ostpreußen zu beseitigen. So sehr mich dieser Erfolg mit Befriedigung erfüllt, so sehr bin ich mir aber dessen bewußt, daß damit keineswegs das Ziel erreicht ist, das sich der Nationalsozialismus für die Arbeiterschaft gestellt hat.

Das, was das kapitalistische Jahrhundert an Schaden am Volkstum, an Schaden an den Nachfahren der Bauern, wirtschaftlich und seelisch angerichtet hat, das wieder gutzumachen, ist das Ziel des Nationalsozialismus.

Wir werden nicht eher ruhen, ehe nicht jedem deutschen Arbeiter wieder sein bodenständiges Eigentum wie seinen Vorfahren geworden ist, das ihm und seinen Kindern dient.

Dieses Ziel steuern wir unverrückbar an, und die Arbeitsschlacht, die wir in diesem Monat schlagen und auch in den nächsten Monaten und Jahren weiter durchzukämpfen haben, diese Arbeitsschlacht ist nur ein Schritt auf dem Wege zu dem uns vor Augen stehenden Ziel. So möge jeder Arbeiter die heutigen Maßnahmen betrachten, nicht, daß ihm heute eine wirtschaftlich in jeder Hinsicht gute Lage bereitet wird, sondern daß er mit uns zusammen dafür arbeiten soll, daß seine Kinder es einmal besser haben sollen als die Eltern.

Wir wollen gemeinsam bauen in friedlicher Arbeit ein neues Deutschland der Ehre und der Gerechtigkeit.

Danksagung der ostpreußischen Bevölkerung zur siegreichen Arbeitsschlacht.

Königsberg, 17. August.

In das Oberpräsidium Ostpreußen kamen 38 Vertreter, ehemalige Arbeitslose der Kreise Ostpreußens, um dem Oberpräsidenten und Gauleiter Koch ein Glückwunschschreiben zu übermitteln. In dem Glückwunschschreiben heißt es:

Nach Jahren dumpfer Verzweiflung, die uns das Los der Arbeitslosigkeit gebracht hat, sahen wir zum ersten Male wieder am 30. Januar dieses Jahres, als unser Führer Adolf Hitler die Regierung in Deutschland übernahm und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit innerhalb der nächsten 4 Jahre als das Ziel seines Kampfes bezeichnete, einen Hoffnungsschimmer auftauchen.

Viele von uns, die noch nicht den felsenfesten Glauben an die Worte des Führers kannten, zweifelten damals an der Durchführbarkeit des gigantischen Planes. Und nun haben Sie, hochverehrter Gauleiter, in unserer Heimatprovinz Ostpreußen vor wenigen Wochen den Kampf gegen die Erwerbslosigkeit aufgenommen und mit der Ihnen eigenen Zähigkeit siegreich fortgeführt.

Wenn am heutigen Tage aus allen Kreisen der Provinz Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, die nach jahrelanger Erwerbslosigkeit endlich wieder in Lohn und Brot gekommen sind, vor Ihnen stehen und den Dank aller ostpreußischen Arbeitskameraden für dieses Werk aussprechen wollen, so geschieht das in dem Bewußtsein, in Ihnen, hochverehrter Gauleiter und Oberpräsident, den Freund und Helfer des deutschen Arbeiters zu wissen, dessen langjähriger Kampf um die Eingliederung des deutschen Arbeiters in den Produktionsprozeß durch den Erfolg des heutigen Tages eine Genugtuung gefunden hat.

Danktelegramm Hindenburgs

an den ostpreußischen Oberpräsidenten Koch.

Der Reichspräsident sandte an Oberpräsident Koch nachstehendes Telegramm:

„Für Ihre Meldung von der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit in der Provinz Ostpreußen danke ich Ihnen herzlich. In aufrichtiger Anerkennung Ihrer Arbeit beglückwünsche ich Sie zu diesem schönen Erfolg auf dem Wege der Gesundung unseres Wirtschaftslebens.

gez. von Hindenburg."

Neueinstellungen!

Erlaß der Reichsanstalt über die Arbeitsbeschaffung.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat an die Landesarbeitsämter einen Erlaß über die Durchführung der Arbeitsbeschaffung gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Die mit dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm verfolgten Ziele, eine Entlastung des Arbeitsmarktes und eine vermehrte Beschäftigung, können nur dann erreicht werden, wenn es gelingt, bei den Arbeiten des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms im weitmöglichsten Umfange Neueinstellungen zu erreichen.

In Uebereinstimmung mit dem bei den bisherigen Arbeitsbeschaffungsprogramm gehandhabten Verfahren bitte ich, die Arbeitsämter anzuweisen, darauf hinzuwirken, daß die Zahl der vom Träger der Arbeit bezw. Unternehmer zu beschäftigenden Stammarbeiter auf das geringste Maß beschränkt bleibt. Im wesentlichen wird man hierbei von einer Stammarbeiterzahl von 10 v. H. der Gesamtbelegschaft ausgehen können.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat Mussolini telegraphische Glückwünsche zu dem glanzvollen Transozeanflug übermittelt.

Erfolgreiche Aktion

KPD-Nachrichtendienst ausgehoben

Das Geheime Staatspolizeiamt hat wiederum einen erfolgreichen Schlag gegen den illegalen kommunistischen Apparat geführt. In Verfolg der kürzlich vorgenommenen Festnahme des kommunistischen Spitzenfunktionärs Karl Pinnow gelang es, durch Auswertung des bei ihm vorgefundenen Materials den Nachrichten- und Sicherungsdienst der KPD. in Berlin auszuheben, dessen Leiter Pinnow war. Sechs Personen konnten wegen dringenden Hochverrats dem Oberreichsanwalt vorgeführt werden, und weitere zwölf sind in Schutzhaft genommen worden.

Weiter festgenommen wurde der ehemalige Bezirksverordnete der KPD., Walter Dittbender, und ein aus Mittweida in Sachsen stammender Spitzenfunktionär der Roten Hilfe, Vogelsang. Vogelsang hat sich im besonderen Auftrage des Moskauer Zentralkomitees eine Zeitlang in der Schweiz aufgehalten und arbeitete zuletzt mit Dittbender zusammen in der Zentral-Emigranten-Leitung der Roten Hilfe. Er war im Besitze eines gefälschten tschechischen Passes und trat in Berlin als Ausländer unter dem neuen Namen Sladeck auf.

Mit der Beschlagnahme des bei dem Kommunisten Pinnow verborgenen Materials hat die Polizei einen bedeutsamen Erfolg zu verzeichnen. Die Aufgabe des Nachrichten- und Sicherheitsdienstes der KPD. bestand vor allem darin, die Anschriften von Personen zu beschaffen, die der Polizei noch nicht bekannt sind, um auf diese Weise den illegalen Apparat der KPD. immer wieder neu aufziehen zu können. Weiter fand man in dem jetzt beschlagnahmten Material auch Aufstellungen darüber, in welchen Wohnungen Sitzungen und Zusammenkünfte abgehalten wurden, sowie kommunistische Propagandaschallplatten und photographisches Material.

Weiter wurden im Berliner Osten bei einer Razzia, an der auch der Horst-Wessel-Sturm teilnahm, 33 Kommunisten festgenommen, die größtenteils dem Konzentrationslager zugeführt werden.

Im ostpreußischen Kreise Labiau (Moosbruch) unternahm die Staatspolizeistelle Königsberg in Gemeinschaft mit Beamten der Landespolizeiinspektion Ost und der 18. SS-Standarte eine groß angelegte Aktion.

Sieben Ortschaften wurden einer eingehenden und gründlichen Durchsuchung unterzogen. In Labiau selbst wurden einige verdächtige Häuserviertel gründlich gepräft. Schußwaffen, Munition, Sprengstoff, Hieb- und Stichwaffen, Flugblätter usw. wurden in erheblichen Mengen vorgefunden und beschlagnahmt. Vier Personen, die der KPD. als Funktionäre angehören und sich auch heute noch in kommunistischem Sinne betätigt haben, wurden festgenommen.

In Königsberg wurde von Beamten der Staatspolizei ein Häuserblock im Stadtteil Ponarth durchsucht.

*

Zahlreiche Haussuchungen. — 81 Festgenommene.

Bremen, 16. August. Die Geheime Staatspolizei teilt mit: „Nachdem vor einigen Wochen die kommunistischen Führer des Bezirks Nordwest der kommunistischen Partei festgenommen waren, wurde dem Neuaufbau der kommunistischen Leitung vonseiten der geheimen Staatspolizei besondere Beachtung geschenkt. Um die kommunistische Bewegung in Bremen vernichtend schlagen zu können, wurde der neuen kommunistischen Leitung störungslose Bewegungsfreiheit gegeben. Nachdem die erforderlichen Ermittlungen am Montag abgeschlossen worden waren, erfolgte nun in sämtlichen Stadtteilen Bremens die Aushebung der Hauptfunktionäre der KPD. Durch Beamte der Geheimen Staatspolizei wurden in mehreren Kolonnen 96 Wohnungen, Parzellen und sonstige Unterkunftsmöglichkeiten durchsucht. Gleichzeitig wurden 43 führende Funktionäre in Schutzhaft genommen. Es ge-

---

jeder Herkunft, also ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit und Geburtsland, so zeigt sich für die Zeit von 1924—30 eine jüdische Einwanderung von 12 319 Personen. Unter den Auswanderern befanden sich dagegen nur 461 Juden, der jüdische Wanderungsgewinn betrug also 11 857 Personen. Da im gleichen Zeitraum jedoch allein aus Polen, Litauen und Lettland 10 111 Juden eingewandert sind, so ergibt sich, daß der sehr beträchtliche Wanderungsgewinn der Juden fast ausschließlich aus polnischen, litauischen und lettischen Juden besteht. Für die Staatsangehörigen sämtlicher übrigen europäischen Länder ergab sich im gleichen Zeitraum jedoch nur ein Wanderungsgewinn von 2054 Personen!

Diese starke Verschiebung in der Herkunft der Einwanderer und besonders des Wanderungsgewinns hat bei der Mehrheit der europäischen Uionsbevölkerung lebhafte Besorgnisse für die Zukunft erregt. Würde es sich bei der Zunahme der osteuropäischen Einwanderung nur um eine vorübergehende Erscheinung weniger Jahre handeln, so würde dadurch die Zusammensetzung der Unionsbevölkerung in ihrer Gesamtheit noch nicht sehr erheblich verändert werden. Tatsächlich zeigt sich aber bei der Einwanderung aus diesen Ländern nach den Erfahrungen der Jahre 1924—29 die Tendenz zu weiterer Steigerung. Offenbar besteht bei dem Anschwellen dieser Klasse von Einwanderern ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Einwanderungsbeschränkung, die die USA. in der Nachkriegszeit durchgeführt haben. 1921 wurde dort die Höchstzahl der Einwanderer, die aus jeder europäischen Nation jährlich aufgenommen werden dürfen, auf 3 v. H. der im Jahre 1910 in den USA. ansässigen Einwohner der betreffenden Nation festgesetzt. Das neue Einwanderungsgesetz von 1924 verminderte die Quote weiter auf 2 v. H. und bestimmte als Grundlage den Zensus vom Jahre 1890. Da die Ost- und Südeuropäer 1910 bezw. 1890 nur einen sehr geringen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung der USA ausmachten, wurden sie von dieser Beschränkung wesentlich stärker betroffen als die Einwanderer aus Mittel-, West- und Nordeuropa, was auch der Hauptzweck dieser Gesetzgebung war. Die in der Nachkriegszeit beträchtlich gestiegene Zahl der Auswandererlustigen in Ost- und Südeuropa wandte sich darum verstärkt anderen Ländern zu, die noch keine gesetzliche Beschränkung für derartige Einwanderung hatten, wie z. B. bisher auch Südafrika.

Soweit es sich bei den Einwanderern aus Ost- und Südeuropa um Juden handelt, und das war, wie oben gezeigt wurde, der weitaus größte Teil dieser Einwanderer, sind es osteuropäische Juden, die mit den Juden aus West- und Mitteleuropa nicht auf eine Stufe gestellt werden können. Und auch die sonstigen Einwanderer aus Ost- und Südeuropa stehen rassemäßig der Mehrheit der europäischen Unionsbevölkerung so fremd gegenüber, daß eine völlige Assimilation kaum zu erwarten ist. Jedenfalls würde ein weiteres Anwachsen dieser Einwanderung zu einer wesentlichen Umwandlung der Gesamtstruktur der europäischen Bevölkerung Südafrikas führen.

Es ist jedoch nicht allein die Abneigung gegen die Rasse, die diese Klasse von Einwanderern als unerwünscht erscheinen läßt. Vielmehr befürchtete man von diesen Einwanderern, die von ihrer Heimat her an eine bescheidene Lebenshaltung gewöhnt sind, auch eine Senkung des hohen Lebensstandards, der in Südafrika allgemein für die Europäer üblich ist, zumal da sich diese Einwanderer vorwiegend den Handelsberufen und der Industrie zuwandten, also gerade in den Berufsgruppen eine gefährliche Konkurrenz darstellten, in denen auch die ansässige Europäerbevölkerung eine Unterkommensmöglichkeit für ihren eigenen Nachwuchs sucht. Es ist darum begreiflich, daß man sich schließlich in Südafrika zu einer gesetzlichen Beschränkung dieser unerwünschten Einwanderung entschlossen hat.

Die ersten vier Monate des Jahres 1930 vor dem Inkrafttreten des Gesetzes brachten noch einmal Rekordzahlen für die Einwanderung aus Litauen, Polen und Lettland. In den Endsummen zeigte das Jahr 1930 aber doch schon eine merkbare Abnahme dieser Einwanderer gegenüber dem Vorjahre. Es ist anzunehmen, daß wegen dieser Einwanderungsbeschränkung die Gesamtzahl der europäischen Einwanderer in Zukunft beträchtlich niedriger sein wird, als sie bei völlig unbehindertem Wanderungsverkehr sein könnte. Und für die nächsten Jahre ist vielleicht sogar ein Ueberwiegen der Auswanderer über die gesamte Einwanderung zu erwarten. Aber dieser Nachteil ist gering, wenn dafür der vorwiegend germanische Charakter der Europäerbevölkerung Südafrikas erhalten bleibt.

Bei der Zählung von 1926 wurde zum erstenmal direkt die Frage nach der Abstammung (parentage) gestellt. Die Juden wurden dabei aufgefordert, sich zum Judentum zu bekennen und nicht etwa ihre frühere Staatsangehörigkeit zu nennen. Die Frage auf dem Zensusbogen lautete: State here wether of British South African, Dutch South African, Hebrew . . parentage (Hebrews were asked to use the term Hebrew, irrespektive of wether they were of Russian, German, English or other qualifying national stock)". Die Ergebnisse sind die folgenden:

Buren	954 440	56,9
Briten	564 626	33,7
Juden jeder Herkunft	72 169	4,3
Deutsche	42 694	2,5
Sonstige	42 731	2,6

Der Wert der Antworten liegt gerade darin, daß es bewußte Erklärungen sind, zu welcher Abstammung sich der Betreffende bekennt. Die Juden britischer wie nichtbritischer Herkunft schließen sich nach Sprache und Politik fast ausschließlich dem britischen Bevölkerungsteil an, wenn sie naturgemäß im Sinn der Rasse nicht assimiliert werden konnten. Die Juden sind zudem fast ausschließlich Stadtbewohner. Es leben von ihnen nur 7 v. H. auf dem Lande; besonders zahlreich sind sie in Johannesburg, wo fast jeder 6. Einwohner ein Jude ist. (Die Briten leben zu 81 v. H. in den Städten, die Buren noch zu 59 v. H. auf dem Lande, die Deutschstämmigen zu 61 v. H. in den Städten und zu 39 v. H. auf dem Lande, ungefähr entsprechend dem Durchschnitt der europäischen Unionsbevölkerung).

Jasper, P.

lang, die gesamte Leitung der Partei, des Einheitsverbandes der RGO, der Roten Hilfe und des Kampfbundes gegen den Faschismus hinter Schloß und Riegel zu setzen. An dem Vertrieb der verbotenen Zeitschriften „Die Wahrheit" und „Der Scheinwerfer" hatten sich 38 Personen beteiligt, die ebenfalls in Schutzhaft genommen wurden, so daß im Laufe der großen Reinigungsaktion insgesamt 81 Festnahmen erfolgten.

Spaltung der SPD in Malmedy

Fünf von acht Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteileitung in Malmedy sind aus der Partei ausgeschieden und — wie „Etoile Belge" wissen will — zur NSDAP übergetreten.

Der Bruch entstand, weil zwei sozialdemokratische Parteiführer aus Malmedy eine Gruppe Ferienkinder nach Deutschland begleitet hatte, obgleich die Verschickung von Ferienkindern nach Deutschland im Rahmen der sozialdemokratischen Boykottpropaganda von der Brüsseler Parteileitung ausdrücklich verboten worden war. Als die SPD Maßnahmen ergriff, erklärten sich noch drei andere Malmedyer Sozialdemokraten mit ihren beiden Parteifreunden solidarisch und verließen die Partei.

Zwei von den fünf ausgeschiedenen Sozialdemokraten besitzen Gemeinderatsmandate, sodaß die NSDAP, wenn der Uebertritt tatsächlich erfolgen sollte, demnächst im Gemeinderat von Malmedy vertreten wäre.

Darlehen für Hilfsbedürftige

Preußische Mittel für die Landesfürsorge-Verbände.

Der preußische Innenminister hat den Landesfürsorgeverbänden zur Weiterführung der von der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands bisher betriebenen Darlehnsgewährung Mittel zur Verfügung gestellt, aus denen Darlehen an Einzelpersonen gewährt werden können. Die Förderung von Einrichtungen der Erwerbsbeschränktenfürsorge und der sonstigen produktiven Wohlfahrtspflege hat sich der Minister nach Maßgabe der ihm zur Verfügung stehenden Mittel selbst vorbehalten.

Beschaffungsdarlehen dürfen den Betrag von 150 RM, in besonderen Fällen von 300 RM, Produktivanleihen in der Regel den Betrag von 3000 RM nicht übersteigen. Beschaffungsdarlehen sind unverzinslich, Produktivdarlehen mit 3½ Prozent zu verzinsen. Die Rückzahlung von Beschaffungsdarlehen soll in der Regel innerhalb eines Jahres erfolgen, die Rückzahlung von Produktivdarlehen in monatlichen Teilbeträgen innerhalb von 3½ bis 4 Jahren, die nach einer angemessenen Schonzeit zu laufen beginnen.

Grußbestimmungen für Polizei

Ergänzung des preußischen Runderlasses über die Einführung des Hitlergrußes.

In Ergänzung der Runderlasse über die Einführung des Hitlergrußes auch bei der Polizei gegenüber nationalen Verbänden, hat der preußische Innenminister neue Grußbestimmungen für die Schutzpolizei, Landjägerei und kommunale Polizei erlassen.

Die wesentlichste Neuerung wird für die förmliche Begrüßung einer Abteilung durch einen Vorgesetzten eingeführt. Der Vorgesetzte ruft die Bereitschaft oder Abteilung auf und schließt daran den Ruf „Heil". Der Gruß wird von der ganzen Abteilung mit den Worten erwidert: „Es lebe Deutschland!"

Für die Grußpflicht und die Ausführung des Grußes mit Kopfbedeckung in und außer Dienst bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen, die auch sonst für uniformierte Beamte mit Kopfbedeckung gelten. Für die Grußerweisung ohne Kopfbedeckung wird folgendes vorgeschrieben: Kurzes Heben des rechten gestreckten Armes nach vorn schräg aufwärts, Fingerspitzen der gestreckten Hand etwas über Stirnhöhe, sodann alsbaldiges Senken des Armes zur Grundstellung. Hat der Beamte eine Meldung zu erstatten, so erhebt er den rechten Arm zum Gruß und meldet, nachdem er den Arm wieder kurz in die Grundstellung gesenkt hat, im Stillstehen. Aehnliche Bestimmungen gelten auch für Ehrenbezeugungen geschlossener Abteilungen.

Wieder im Amt

Abt Schachleitner darf wieder die Messe lesen.

Die kirchlichen Behörden haben nunmehr dem Abt Schachleitner wieder gestattet, die Messe zu lesen. Nach längerer Pause zelebrierte der hochgeschätzte Priester sein erstes Meßopfer in der Kirche des Karmeliterklosters Reisbach bei Oberaudorf. Abt Schachleitner war Anfang 1933 wegen seines offenen Bekenntnisses zum Nationalsozialismus seiner geistlichen Funktionen entkleidet worden.

Kein Schuldennachlaß

Kredite müssen zurückgezahlt werden.

Wie aus mehrfachen Zuschriften von Kreditanstalten zu entnehmen ist, haben neuerdings in einzelnen Fällen Schuldner die Rückzahlung der ihnen gewährten Kredite oder die Entrichtung der Zinsen für diese Kredite mit der Begründung abgelehnt, es seien seitens der Reichsregierung gesetzliche Maßnahmen über einen allgemeinen Schuldennachlaß oder einen Nachlaß von Zinsen zu erwarten. Eine solche Erwartung entbehrt jeglicher Grundlage. Die zum Gegenstand berechtigter Klagen gemachte Haltung einzelner Schuldner ist nur geeignet, die allgemeine Kreditsicherheit zu erschüttern und den von allen Seiten und mit Aufbietung aller Kräfte erstrebten Wiederaufbau der Wirtschaft ernstlich zu gefährden.

Vivisektion in Preußen verboten

Durch einen Erlaß des preußischen Ministerpräsidenten Göring wird die Vivisektion an Tieren aller Art für das gesamte preußische Staatsgebiet mit sofortiger Wirkung verboten.

Der Ministerpräsident hat die zuständigen Ministerien beauftragt, ihm unverzüglich ein solches Gesetz, nach welchem die Vivisektion mit hohen Geldstrafen belegt wird, vorzulegen. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes werden Personen, die trotz des Verbotes die Vivisektion von Tieren aller Art veranlassen, durchführen oder sich daran beteiligen, ins Konzentrationslager abgeführt.

Der Fackelzug des 30. Januar

Schlußaufnahme zum Horst-Wessel-Film.

Bald wird man auf der Leinwand Kampf und Sieg der nationalsozialistischen Bewegung in allen ihren Phasen noch einmal miterleben. Das Schlußbild des Horst-Wessel-Films, dieses gewaltigen Filmwerkes, das ein historisches Dokument bedeutet, wurde am Dienstagabend am Brandenburger Tor in Berlin gedreht. Eine große Menschenmenge säumte am Pariser Platz zu beiden Seiten die Straße Unter den Linden, und auf der dem Tiergarten zugewandten Seite des Brandenburger Tores hatte das Publikum Aufstellung genommen. Riesige Scheinwerfer beleuchteten gespenstisch und taghell den Platz und das Brandenburger Tor. Kommandos der Filmoperateure ertönten, Schupos mit Karabinern und Mannschaftswagen waren zu sehen, bis nach Stunden, als die Dunkelheit völlig hereingebrochen war, SA., SS. und Stahlhelm wie an jenem denkwürdigen Tage, dem 30. Januar, etwa 3000 Mann, mit Musik, Fackeln und Fahnen ihren Einzug durch das Brandenburger Tor hielten. Noch einmal erlebte der Berliner den Siegesjubel des Nationalsozialismus. Bis in die Nacht hinein dauerten die Aufnahmen.

Rückkehr vom Weltrekordflug

Auszeichnung der französischen Flieger Rossi und Codos.

Paris, 17. August.

Die französischen Langstreckenflieger Rossi und Codos, die einen neuen Weltrekord aufgestellt haben, trafen in Paris ein. Auf dem Flugplatz Le Bourget begrüßte Ministerpräsident Daladier die Flieger und erklärte, die Luftfahrt sei in der gegenwärtigen Stunde die große Hoffnung Frankreichs. Bei einem Empfang im Rathaus wurde den Fliegern die große goldene Medaille der Stadt Paris überreicht.

50 Todesopfer eines Wolkenbruchs

Kingston, 17. August.

Die Insel Jamaika wurde von einem Wolkenbruch heimgesucht, bei dem in der Hauptstadt Kingston und der Umgegend etwa 50 Personen ums Leben kamen. Der Sachschaden ist sehr groß.

Der Autounfall bei Traunstein

Brückners Befinden zufriedenstellend.

Zu dem Autounfall des Adjutanten des Reichskanzlers, Oberleutnant Brückner, hören wir, daß der Zustand des Oberleutnants Brückner, der mit einem schweren Schädel- und Armbruch ins Krankenhaus in Traunstein eingeliefert wurde, den Umständen nach befriedigend ist. Wie bereits gemeldet, sind die beiden übrigen Insassen des verunglückten Wagens, die Schwester des Reichskanzlers, Frau Angelika Raubal, und deren Tochter Friedel, nur leicht verletzt.

Der Unfall selbst hat sich offenbar so abgespielt, daß der Wagen, den Oberleutnant Brückner selbst steuerte, auf einer schmalen Straße in eine Rinne geriet. Bei dem Versuch, aus dieser Rinne herauszukommen, schleuderte der Wagen auf einen gegenüberliegenden Holzstoß.

Verschiedenes.

Großes Kriegsgefangenen-Treffen in Westfalen.

In Verbindung mit der 6. Gautagung des Gaues Westfalen-Lippe der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener e. V. am 9. und 10. September d. J. in Wiedenbrück wird ein großes Kriegsgefangenen-Treffen **aller** ehem. Kriegsgefangenen von Westfalen und Lippe und den angrenzenden Gebiete organisiert, um allen Kameraden der Stacheldrahtzeit ein Wiedersehen zu ermöglichen. Wiedenbrück, im Herzen Westfalens gelegen, wird am 9. und 10. Septemb. das Ziel vieler Tausende von ehem. Kriegsgefangenen sein. Eine besondere Note und Beachtung erhält das Treffen dadurch, daß sowohl der bekannte und beliebte Bundesführer der R. e. K. (Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener), Freiherr von Lorsner-Potsdam, als auch der geschäftsführende und stellvertretende Bundesführer, Dr. Givens-Berlin, teilnehmen und zu den Kameraden vom Wollen der ehem. Kriegsgefangenen sprechen werden. Tagung und Treffen stehen unter dem Motto: Erlebnis ist Aufgabe! Die Aufgaben, die den ehem. Kriegsgefangenen durch ihr Erlebnis gestellt sind, verpflichten sie, das neue Deutschland mitzubauen, daß sie bereits hinter dem Stacheldraht als Idealbild ersehnt haben. — Nähere Einzelheiten werden noch bekannt gemacht. Programme (kostenlos) durch die Gauleitung des Gaues Westfalen-Lippe der R.e.K. (Joh. Tölle, Elsen bei Paderborn) und durch die Bezirksgruppe Ravensburg, Geschäftsstelle: H. Fliege, Herford.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bad Oeynhausen**, das bis Mitte August 10 000 Kurgäste zählte, hat zur wirtschaftlichen Erleichterung des Kurgebrauchs (über den Rahmen der sonstigen Vergünstigungen hinaus) eine vorzeitige Senkung seiner Kurtaxe beschlossen. Während sonst die Nachsaison-Ermäßigungen erst am 1. September begannen, ist diesmal der Stichtag auf den 15. August vorverlegt. Mit diesem Zeitpunkt tritt weder eine Einschränkung in der Vielfalt der Kurmittel noch des Unterhaltungsprogrammes ein.

Neue Bücher.

Th. v. Saldern: **Das Margaretenbuch.** Eine Erzählung aus Lothringen. Ungekürzte Volksausgabe. In Leinen 2,85 *RM*. Verlag Friedrich Bahn, Schwerin i. Mecklbg.

Die schöne Geschichte spielt sich meist in Lothringen ab, das zur Zeit der Geschehnisse noch unbesetzt war. Doch wirft die französische Revolution schon ihre Schatten in das von urwüchsigen echtdeutschen Männern und Frauen bewohnte Land. So sind auch die beiden jugendlichen Hauptgestalten von echtem deutschen und stark religiösen Gefühl durchdrungen. Als Leitstern auf ihrem Lebensweg, der Bernhard und Margarete weit auseinander in die tiefsten Tiefen der Entbehrungen und Armut führt, begleitet den jugendlichen Bernhard, der als Page am Hofe Ludwig des Vierzehnten die Laster des Hofes und später der Revolution kennen lernt und selber die Gefahren eines unerfahrenen Jünglings durchkosten muß, um dann aus bitterem Kampf gegen den Leichtsinn als ein rechter Mann hervorzugehen. Der feinfühligen Margarete wird als Erbteil ihres Großvaters die schon mehrere Jahrhunderte gehütete Harfe zuteil, die sie meisterhaft zu spielen versteht. In der bittersten Not darf die Harfe ihre und ihrer Angehörigen Lebensretterin werden. In geradezu selbstloser Weise opfert sie sich für ihre durch die unbekannte Not leidende Mutter auf. Margarete überwindet ihre reine Mädchenhafte Scheu, die sie davon abhielt, ihre klare Stimme zum Grund eines notwendigen Lebensunterhaltes zu machen, und rettet dadurch ihre Mutter vor völliger Erblindung und erfreut ihre Mitwelt durch ihr Singen und Spiel. Durch allerlei innerliche und äußerliche Not geläutert, dürfen die beiden Hauptgestalten schließlich in selbstloser Liebe ihren Lebensweg zusammen wandern. Th.

Luthers Lieder. Mit Bildern von Rudolf Schäfer. Volksausgabe. 96 Seiten. Gustav Schloeßmanns Verlagsbuchhandlung (Gustav Fick), Leipzig, Seeburgstr. 100. Kasch. Preis 1,25 *RM*. — Daß dem evangelischen Volke zum 450jährigen Geburtstag Luthers eine billige Sammlung seiner Lieder mit den kernigen Bildern Rudolf Schäfers geschenkt wird, ist mit Freuden zu begrüßen. Diese Volksausgabe sollte anläßlich der diesjährigen Lutherfeiern in Mengen in Vereinen, Schulen und Gemeinden verbreitet werden.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts".

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich 9 RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Bohnerwachs
hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch. 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko
Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261/A.

Zum 1. Oktober für Haushalt, Hausfrau leidend und Tochter Haushalt führend, ein gebildetes
jung. Mädchen
als Hilfe gesucht. Engster Familienanschl. Mädchen vorh., schlicht um schlicht.
Frau Missionsdirektor Rijnders, Hilversum, Ministerpark 6 a
z. Zt. Kasteel Hemmen by Zetten, Holland.
Nähere Auskunft erteilt gern: Frau Dr. Wützelfeldt, Bückeburg.

Erholungsaufenthalt im Wald!
Das Erholungsheim im Solling bei Dassel, Kr. Einbeck (Weserbergland) umgeben von herrlichen Fichten- und Laubwäldern mit prächtiger Fernsicht, bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten. Bei Herz und Nerven besonders bewährt. Gelegenheit zu Waldwanderungen, Luft- und Sonnenbädern, Liegekuren, Diäten. Gute reichliche Verpflegung. Preise zeitgemäß. Prospekt einfordern. Anfragen an
Sekr. Friedr. Gramm.

Reise
nicht ohne Photo-Apparat
von **und Material**
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Bethel.

Christl. Verein junger Mädchen. Donnerstag abend: Singekreis. Freitag: Gruppenmütterabend im Heim. Freitag abend: Lautenchor.

— Heute, Donnerstag, 8¼ Uhr in Gosen
Blaukreuzstunde.
Jedermann ist herzlich eingeladen.

— **Weggenossen-Kreis.** Donnerstag, abends 8¼ Uhr, Mühlweg 14.

— **Turn-Verein „Jahn Bethel".** Die Turnstunden der **Schüler-Abteilung** finden wieder regelmäßig Freitags um 19 Uhr statt. Der Vorstand.

Anzeigen aus Bethel.

Ab Freitag, den 18. August gelangt ein Posten sehr guter Frottier-Badelaken und Frottier-Handtücher zu besonders günstigen Preisen zum Verkauf.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.